

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Juni 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung des Heftes 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 180 Pf., außerhalb 200 Pf., Offsetgebühren 10 Pf. (Kl. Anzeigen gegen Vorabzustellung).

Verlagsdruckerei: Neudruckerei Dresden.
 Fernsprecher - Gesamtnummer: 25 241.
 Nur für Nachdruck: 20 011.

Schließung und Anzeigenstellen:
 Albertstraße 10/11.
 Druck u. Verlag von Joseph & Reichardt in Dresden.
 Politisch-Konto 1068 Dresden.

Abdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unentgeltlich Schriftstücke werden nicht angenommen.

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
 Kunstspielpianos
 seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
 Meissen i. Sa., Martinstraße 12

Erstklassige
Reise-Koffer
Schrank-Koffer
 sämtliche Reiseartikel
ADOLF NÄTER PRAGER STR. 26

TENNIS
 Schläger - Bälle - Netze - Pfosten etc.
 Neuesten! Größte Auswahl
 Nur beste deutsche und englische Sportgeräte
B. A. MÜLLER, Prager Straße 32

Marx stellt die Kabinettsfrage.

Vorstoß der Regierung zur Rettung ihrer Fürstenvorlage. — Mißtrauensantrag der Kommunisten. Neue Krisenzeichen in Genf. — Parlezank um den Hindenburg-Brief. — Spaltung der englischen liberalen Partei.

Mittwoch erste Lesung im Reichstage.

Berlin, 8. Juni. Der Reichstanzler empfing heute nachmittag die Vertreter der Regierungsparteien zu einer Aussprache über den Regierungsentwurf für die Vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürstenthümern. Nach dieser Aussprache soll die erste Lesung der Regierungsvorlage am Mittwoch im Reichstagsplenarium stattfinden. Die Regierung wird in einer Erklärung um möglichst schnelle Verabschiedung der Vorlage ersuchen. Die Frage der sogenannten Präambel, durch welche das Gesetz des verfassungsmäßigem Charakters entkleidet werden soll, so daß sie mit einfacher Mehrheit angenommen werden kann, wird nicht von der Regierung an dem Reichstagsplenarium, sondern von den Regierungsparteien im Rechtsausschuß, an den die Vorlage überwiesen werden wird.

Wie wir dazu weiter erfahren, wird die Reichsregierung in der Erklärung, die sie in der Mittwochssitzung des Reichstages zu dem Fürstenausschließungsgeleit abgeben wird, vor allem zum Ausdruck bringen,

daß sie sich dieses Gesetz zu eigen macht, was also heißt, daß sie gewillt ist, mit dem Gesetz zu stehen und zu fallen. Man ist in Regierungskreisen der Ansicht, daß dahin getrebt werden müsse, das Gesetz noch vor dem 20. Juni zu erledigen, damit das Volk sehe, daß die Reichsregierung, die den Volksentscheid genau so scharf vertritt wie der Reichspräsident, ernstlich beabsichtigt ist, eine andere, und zwar gerechtere Lösung als die entschließungslose Entziehung zu finden.

Bei der Sozialdemokratie, die, wie es heißt, eine Interpellation über den Hindenburg-Brief einbringen wollte, soll nun diese Absicht ausgegeben worden sein, da schon rein technisch eine solche Interpellation nicht mehr vor dem 20. Juni im Reichstage erledigt werden könnte. Die Sozialdemokraten wollen bei der ersten Lesung des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfes über die Fürstenausschließung Gelegenheit nehmen, auf den Hindenburg-Brief einzugehen. An Stelle der Sozialdemokraten haben nun allerdings die

Kommunisten eine Interpellation eingebracht, in der sie sich in ihrer Weise mit dem Briefe Hindenburgs an den Staatsminister A. v. Loebell befassen und der Reichsregierung zum Vorwurf machen, daß sie durch ihr Verhalten den „neuen Verfassungsbruch Hindenburgs gegen den Volksentscheid“ decke. Außerdem will die kommunistische Fraktion einen be gründeten Mißtrauensantrag gegen die Regierung Marx einbringen, der am Donnerstag dieser Woche mit zur Verhandlung im Reichstage stehen soll.

Berlin, 8. Juni. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, werden die Aussichten des Gesetzentwurfes zur Fürstenausschließung, den die Reichsregierung noch vor dem Volksentscheid im Reichstage zur Verabschiedung bringen will, nicht sehr günstig beurteilt. Man glaubt nicht, daß sich eine auch nur einfache Mehrheit für den Regierungsentwurf finden wird, da die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen ihm ablehnend gegenüberstehen.

Kundgebung der Zentrumsfraktion zum Volksentscheid.

Berlin, 8. Juni. Die Zentrumsfraktion besaß sich in ihrer heutigen Sitzung, die nach der Sitzung des Plenums stattfand, mit der Frage des Volksentscheides und der Fürstenausschließung. Die Fraktion spricht es mit allem Nachdruck aus, daß auch im Falle einer Ablehnung des Volksentscheides diese Angelegenheit noch nicht beendet sein wird und sein darf. Das Zentrum wird sich vielmehr von seinem Bestreben, die ganze Frage zu einer endgültigen Lösung zu bringen, nicht abbringen lassen, selbst dann nicht, wenn die Volkspartei ab springen sollte. Sollte es dahin kommen, daß der Volksentscheid nicht die erforderliche Stimmenmehrheit aufbringt, dann wird noch immer die Möglichkeit bestehen, mit einfacher Mehrheit im Reichstage ein Gesetz anzubringen, das einem zweiten Volksentscheid unterworfen werden könnte und das dann sicherlich eine genügende Mehrheit finden würde.

Die Studentenbewegung aus Anlaß des Falles Lessing.

Der Fall Lessing hat einen Umfang angenommen, der unter akademisches Leben bis in die Grundfesten zu erschüttern droht, und die Männer an verantwortlicher Stelle müssen schnell nach dem Rechten sehen und eine annehmbare Lösung des Konfliktes herbeiführen, wenn das Gemeinwohl nicht schweren Schaden leiden soll; denn daß es sich bei einer Affäre, in der durch weite Kreise der deutschen Intelligenz eine aufschäumende Woge tiefer Beunruhigung geht, bloß um eine lokale Angelegenheit handle, kann selbst der eingesehene radikale Parteigänger nicht ernstlich behaupten wollen. Die Krise hat schon eine längere Vorgeschichte, und es ist ein Zeichen von dem ungelunden Charakter unserer Zustände, daß sie nicht rechtzeitig und gründlich beseitigt wurde. Professor Dr. Lessing, der sich in einem in Dresden gehaltenen Vortrage selbst als „eine Promenadenmischung aus Germanentum und Slaventum“ vorzustellen bestrebt hat, und der den unerquicklichen Mittelpunkt der Geschäfte bildet, hatte durch die ganze Art seiner publizistischen Betätigung, die einen ausgesprochen linksradikalen Stempel trug, den Unwillen der hannoverschen Studentenschaft erregt. Der Konflikt kam zum offenen Ausbruch, als Prof. Lessing im Daarmann-Prozess in seiner unbeherrschten, ägenden, zerstreuten und frivolsten Stilistik ebenso maßlose wie unbegründete Anklagen gegen die Richter schleuderte, und als er sich dann auch noch dazu verließ, das ehrwürdige Reichsoberhaupt schwer zu verunglimpfen, indem er den Reichspräsidenten mit einer verächtlichen Kritik bedachte und ihn als eine von rechts her „fäulnislich emporgepeitschte“ Persönlichkeit hinstellte, welche die ihr entgegengebrachte allgemeine Verehrung auf Grund ihrer wirklichen Eigenschaften gar nicht verdiene. Das schlug dem Hasse den Boden aus; denn die deutsche Studentenschaft ist sehr feinfühlig und heftig für alle Bestrebungen der radikalen Linken, die auf das Ziel hinauslaufen, das Herr v. Loebell in seinem Aufsatz über „Volksentscheid und Reichspräsident“ treffend dahin festgenagelt hat, „es solle der einzige sichere Faktor ruhiger staatspolitischer Entwicklung, den wir in Deutschland haben, der Einfluß des Reichspräsidenten v. Hindenburg, gebrochen werden“. Da alle im Einvernehmen mit dem Akademischen Senat unternommenen Versuche der hannoverschen Studentenschaft, die Einstellung der Vorlesungen Prof. Lessings zu erwirken, an dem Widerstande des zuständigen preussischen Ministeriums scheiterten, so schwellte die Wut nach dem ersten akuten Ausbruch unter der Hand weiter und ist nun abermals zu noch heftigeren Tönen emporgestiegen.

In der Linkspresse ist leider nur das eine Bestreben erkennbar, durch eine völlig einseitige und verbissene parteipolitische Behandlung des Falles immer wieder Öl ins Feuer zu gießen. Dort hallt alles wider von dem Schlagwort der angeblich bedrohten Völkerei. Es ist nun schon an sich ein Widerspruch, daß Studenten, für welche die Völkerei so nötig ist wie die Luft zum Atmen, sich selbst zu Verderbern dieses hohen geistigen Gutes machen sollten, das den Lebensnerv unserer gesamten wissenschaftlichen Betätigung bildet, ohne das eine wahrhaftige Forschung überhaupt unmöglich ist. Tatsächlich denkt denn auch kein deutscher Student an die selbstmörderische Verneinung, das Palladium der Völkerei anzuzutasten. Der Widerstand richtet sich lediglich gegen ein Verhalten Prof. Lessings, das die Völkerei in eine Lehrgeschichte umzuwandeln will. Der akademische Lehrer hat unzweifelhaft das verfassungsmäßige und in einem Kulturstaat unveräußerliche Recht, jedes sachliche Forschungsergebnis ungehindert seinen Hörern vorzutragen, mag es auch noch so sehr den herrschenden Anschauungen zuwiderlaufen. Dazwischen ist nicht zu rütteln. Er steht aber nicht außerhalb der allgemeinen nationalen und moralischen Schranken, die für sein persönliches Auftreten und seine publizistische Betätigung bindend sind und sein müssen, wenn er das Ansehen der Wissenschaft wahren und das Vorbild geben will, zu dem seine Hörer emporblicken können, und das für die Heranbildung eines nicht bloß wissenschaftlich geschulten, sondern auch vaterländisch und sittlich durchdrungenen akademischen Nachwuchses unerlässlich ist. Nicht einmal der gewöhnliche Staatsbeamte darf tun, was er will, sondern er kann auch ohne direkten Verstoß gegen die Strafgesehe disiplinärlich aus seiner Stellung entfernt werden, wenn er sich über das Ergebnis der von den Finanzämtern im Jahre 1925 im Reich vorgenommenen Buchprüfungen vor. Insgesamt sind 79 752 Fälle untersucht worden. Es wurden 98 Millionen Mark mehr Steuern festgesetzt und 7,5 Millionen Mark Geldstrafen verhängt.

Spanisch-brasilianische Obstruktion in Genf.

Braziliens rollt die Ratstrage wieder auf.

Genf, 8. Juni. Wie von bestinformierter Seite mitgeteilt wird, wird der künftige Vertreter Brasiliens beim Völkerbund, Melo Franco, an der morgigen Ratssitzung teilnehmen und hierbei eine offizielle Erklärung über die Stellungnahme Brasiliens in der Ratstrage abgeben. Es ist demnach mit einer gewissen Klärung der Situation in der Ratstrage für morgen zu rechnen. Brasiliens Austritt aus dem Völkerbunde könnte nach den Aussagen des Völkerbundsrates erst zwei Jahre nach den Austrittsverhandlungen erfolgen. In manchen Völkerbundskreisen wird vermutet, daß der Austritt Brasiliens verfolgt, dahin geht, sich einen nicht-künftigen Sitz bei der Ratssitzung im September zu sichern und inzwischen durch sein Verbleiben von den Ratssitzungen Deutschlands Aufnahme in den Rat zu ermöglichen, ohne tatsächlich zugunsten seiner Aufnahme zu stimmen. (wtb.)

Spaniens passiver Widerstand.

Genf, 8. Juni. Der Vertreter Spaniens im Völkerbundsrat, der Verner Gesandtschaftssekretär Durboise, erklärt heute an den Verhandlungen des Rates nicht aktiv teilnehmen zu können, weil er von seiner Regierung keine Instruktionen erhalten habe. Auch der Vertreter Spaniens in der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, der gleichzeitig Vorsitzender der militärischen Unterkommission A ist, reiste heute ab. Man ist hier der Ansicht, daß sich die Frage der Ratsumbildung im Augenblick noch genau in demselben Zustand befinde, wie im März. Verschiedene Ratssmitglieder bringen darauf, daß, falls Spanien und Brasilien bis zum September ihre Stellungnahme nicht ändern sollten, der Weg zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durch die Wahl zweier neuer nichtständiger Ratssmitglieder freigemacht werden müßte.

Ministerbesuche in Genf.

Genf, 8. Juni. Im Laufe des gestrigen Abends haben verschiedene Zusammenkünfte der hier anwesenden Ratssmitglieder stattgefunden. Briand empfing im Laufe des Abends Vanderselde, der am späten Nachmittag eingetroffen war, sowie den tschecho-slowakischen Außenminister Benesch und den Vertreter Rumänien im Ungarn-Komitee. Darauf folgte ein langer Besuch ab. Es fand ferner eine Zusammenkunft zwischen Chamberlain und dem ungarischen Ministerpräsidenten statt.

Eine Saardelegation in Genf.

Die widersprechenden Gutachten.

Genf, 8. Juni. Beim Völkerbundsrat sind drei Denkschriften der Regierungskommission des Saargebietes über die endgültige Abberufung des französischen Militärs aus dem Saargebiet eingetroffen. Die erste ist von dem französischen, dem belgischen und dem schwedischen Mitglieder der Saarregerung verfaßt. In ihr wird darauf hingewiesen, daß zum Schutze der Eisenbahnlinien im Saargebiet unbedingt die Anwesenheit zweier französischer Bataillone erforderlich sei. Die zweite Denkschrift, die von dem Kanadier Stephenus stammt, erklärt, es liege keine Begründung für ein weiteres Verbleiben der französischen Truppen im Saargebiet vor. Sollte jedoch der Völkerbundsrat die Anwesenheit von französischen Truppen zum Schutze der Eisenbahnlinien für erforderlich erachten, so würde die Unterbringung französischer Bataillone in den französischen Grenzgebieten vollständig genügen. Die dritte Denkschrift rührt von dem spanischen Regierungsmittglied Cosmans her. In ihr wird betont, daß die Anwesenheit der französischen Truppen ausschließlich zum Schutze der Bahnen im Falle eines Generalstreiks gedacht sei. Man nimmt an, daß die Saarfrage vom Rat am Donnerstag behandelt werden wird. In Kreisen der Saardelegation, die unter Führung des Geheimrats Röschling hier eingetroffen ist, sieht man der Entscheidung mit gewisser Zuversicht entgegen.

Stappweise Aufhebung der Völkerbunds-Kontrolle über Ungarn.

Genf, 8. Juni. Das Ungarn-Komitee des Völkerbundsrates hat heute vormittag unter dem Vorsitz Scialojas die stappweise Aufhebung der Völkerbunds-Kontrolle in Ungarn unter Beibehaltung der Kontrolle über die verpänderten Einnahmen der Völkerbundsanleihe beschlossen.

98 Millionen Mark hinterzogene Steuern beigetrieben.

Berlin, 8. Juni. Dem Reichstage liegt eine Uebersicht über das Ergebnis der von den Finanzämtern im Jahre 1925 im Reich vorgenommenen Buchprüfungen vor. Insgesamt sind 79 752 Fälle untersucht worden. Es wurden 98 Millionen Mark mehr Steuern festgesetzt und 7,5 Millionen Mark Geldstrafen verhängt.